

Schweigegebäude brechen

Die richtige Maßgabe für politisches Handeln, dass man Ungleiches ungleich behandeln sollte, wenn man an einem sozialen Ausgleich interessiert ist, bedeutet nicht, dass dies auf Kosten jener Systeme gehen muss, die nachweislich bereits überlastet sind

Wenn in diesen Tagen von Zuspitzungen, nicht nur auf Gipfelfreffen, die Rede ist, so darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Senator die 23 Schulen in schwierigen sozialen Lagen, die aufgrund des Drucks ihrer Schulleitungen und Kollegien vor drei Jahren mit Sondermitteln ausgestattet wurden, nun erneut mit zusätzlichen Ressourcen segnen will. Das ist von der Sache her natürlich großartig! Als Gipfel der Unverfrorenheit empfinde ich es allerdings, wenn diese Mittel aus dem Budget der übrigen Stadtteilschulen geschnitten werden. Dies hieße ja, dass dort die Mittel nicht so dringend gebraucht werden.

Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich muss man Schulen in schwierigen Lagen sachlich und personell besser ausstatten. Aber es kann nicht sein, dass man zugesagte Mittel, mit denen die selbstverwalteten Schulen natürlich planen müssen, plötzlich verringert. Dies geht aus Prinzip nicht, ist aber vor allem eine Zumutung für alle davon betroffenen Kolleg_innen. Mehrarbeit durch eine Hintertür!

Ein etwas anders gelagertes, strukturell aber ähnliches Problem ist mit dem Umstand verbunden, dass, wie Bürgermeister Scholz auf unserem Gewerkschaftstag nicht ohne Stolz bemerkte, die Stadtteilschulen mittlerweile über eine 40 prozentige höhere Personalausstattung gegenüber den Gymnasien verfügen. Das ist vor dem Hintergrund unseres Chancenungleichheit produzierenden Sy-

stems der zwei Säulen sicherlich eine gute und weise Entscheidung. Ungleiches muss ungleich behandelt werden, wenn man das Ziel, soziale Unterschiede zu verringern, nicht gänzlich aus dem Auge verlieren will.

Olaf Scholz ließ in diesem Zusammenhang noch die Bemerkung fallen, dass er diese Information gar nicht so gerne

Gipfel der Unverfrorenheit ist es, wenn diese Mittel aus dem Budget der übrigen Stadtteilschulen geschnitten werden

in die Öffentlichkeit trägt. Unabhängig davon, dass sich eine solche Wendung in jedem Baukasten für rhetorische Schulung wiederfindet; mit ihr wird den Zuhörenden suggeriert, sie wären etwas Besonderes, weil sie solch ein ‚Geheimnis‘ mit dem/der Vortragenden teilen. Es ist ja tatsächlich zu fragen, wieso von interessierter Seite nicht längst ein Aufschrei erfolgt ist.

Mit ‚interessierter Seite‘ meine ich zunächst die CDU, aber auch die FDP-Abgeordneten in der Bürgerschaft, die hier – auf jeden Fall vordergründig – ihre gymnasiale Klientel verraten. Und dann sind da noch die Scheuerl-Leute und jene, die mit ihm vor gar nicht langer Zeit ein Zurück zum G9 am Gymnasium forderten. Es wäre naiv zu glauben, die hätten von dieser Ungleichverteilung der Mittel keine

Kenntnis.

Die Auflösung dieses Rätsels kann nur sein: Man hält die Füße still, um sich auf diese Weise jene vom Hals zu halten, von denen man meint, dass es nicht zumutbar ist, die eigenen Kinder mit ihnen lernen zu lassen: die vermeintlich weniger begabte Hälfte der Schüler_innenschaft. Dieses Privileg lässt man sich eben etwas kosten.

Aber alles hat seinen Preis! Dieses klandestine Festhalten an einer Struktur, die systemisch die sozialen Ungleichgewichte verstärkt, ist nicht nur Ressourcen bezogen ein Fass ohne Boden, sondern wird früher oder später sich als politischer Protest entladen.

Zunächst einmal geht dies auf Kosten der Kolleg_innen an den Gymnasien. Der Umgang mit der ohnehin nicht einfacher gewordenen sozialen Mischung bei einer Übergangsquote von 54 Prozent eines Jahrgangs an den Gymnasien führt zu einer permanenten Überlastung, weil mit den übergroßen Klassen und Kursen nicht nur die unterrichtliche Situation erschwert wird, sondern vor allem der Korrekturaufwand.

Wenn also weder von politisch-konservativer Seite noch von den Eltern zu erwarten ist, dass dieses Ungleichgewicht infrage gestellt wird, weil man denkt, damit Privilegien aufs Spiel zu setzen, so sollten die Kollg_innen an den Gymnasien sich nicht an ein solches Schweigegebäude gebunden fühlen.

JOACHIM GEFFERS